

Die „Freiheit“ enthält...
Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Carl Neubach 1905 und 1906.

Vertrieb durch die...
Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19,
Verleger: Carl Neubach 1905.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 23. Februar 1919

Nummer 97

Auf zur Eroberung der Gemeinden!

Vorwärts!

Wahltag ist heute und wichtig wird die Entscheidung, die gefällt wird, für das preussische Proletariat von Bedeutung. Es gilt die Gemeinden zu erobern, um aus ihnen Stützburgen des Sozialismus zu machen.

Wichtig und umfassend sind die Aufgaben der Gemeinden. Die sozialistische Verwaltung kann Großes schaffen und für jeden einzelnen das Leben besser und günstiger gestalten. Hier kann der sozialistische Gehalt zur Tat werden, die überaus wichtig wirkt und die Widerstände besiegt, die in Land und Reich sozialistischem Wirken noch bereitet werden.

Deshalb darf heute

Keiner fehlen

von den Männern und Frauen des werktätigen Volkes! Jeder und jede muß Wahlhilfe leisten, die Schüsseln zur Urne bringen, die Zeugnissen ausweisen, die Zwangslosen überzeugen!

Nehr noch als im Reich haben sich in den Gemeinden die bürgerlichen Parteien unter allseits bekanntem Namen zu demselben reaktionären Block zusammengeschlossen. Mit dem Aufgebot der letzten Kraft führen sie den Kampf, um für ihre Selbstinteressen noch zu retten, was zu retten ist. Allzulange waren die Gemeinden in Folge des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzersprivilegs ja Zwangsburgen des Kapitalismus. Jetzt hat die Stunde, sie zu schleifen, geschlagen.

Nützt die Stunde!

Aber damit die Gemeinden das werden, was wir wollen, Freistätten des Sozialismus, dazu ist notwendig, daß energische und unerschrockene Arbeiter am sozialistischen Werte in ihre Vertretungen gesandt werden. Die Mehrheitssozialisten haben im Reich sich mit den bürgerlichen Gegnern des Sozialismus verbunden und planen für Preußen daselbe. Unter ihrem Druck werden sie auch in den Gemeinden nur zögernd und zaudernd wirklich sozialistische Maßnahmen ergreifen. Nicht die Lauen und halben Verfechter des Sozialismus können diese Sache zum Siege führen. Ihr müßt die entscheidenden Sozialisten, die Unabhängigen Sozialdemokraten heute wählen!

In der Gemeinde werden wichtige soziale und politische Entscheidungen zu fällen sein. Die Arbeitslosen haben das dringendste Interesse daran, daß ihre Interessen bei der Festlegung der Arbeitslosenversicherung gewahrt bleiben. Von der mehrheitssozialistischen Regierung Preußens aber sind Beschlüsse beschlossen worden, die für viele Arbeitslose

eine schwere Bedrohung

darstellen. Die Ausführung der Bestimmungen liegt in der Hand der Gemeinden, und Unabhängigen Sozialdemokraten können vieles verhindern, was den Arbeitslosen zum Schaden gereichen kann.

Die Gemeinden werden die Polizeigewalt erhalten und werden damit zu wichtigen Kontrollen werden. Es hängt viel davon ab, daß diese Macht nicht in Hände gerät, die sie gegen die Arbeiterklasse anwenden. Die Mehrheitssozialisten haben durch die unbedachte Billigung von Rosler'scher bürgerlicher Sicherheit gewagt, wessen sie fähig sind. Heute können diese die Arbeiter die Antwort geben, indem sie die Wille der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

Jede Wahl ist auch ein politisches Verdikt. Neben die Wähler und Wählerinnen für die Wille der Unabhängigen Sozialdemokratie kommen, zu beurteilen sie die Politik, die die sozialistische Revolution

zu verderben droht, die den Brudermord durch das Reich trägt, den Militarismus wieder aufrichtet, die Weissen Garden züchtet, die Spaltung in der Arbeiterschaft vertieft und die Reaktion immer frecher und unverschämter ihre Haupt erhobelt.

Drum auf, Wähler und Wählerinnen! Haltet Euer Urteil! Zerbrecht die Herrschaft des Kapitals in den Gemeinden, verurteilt die unheilige Politik der Mehrheitssozialisten! Stimmet, Männer und Frauen des werktätigen Volkes, für die

Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Einheit vollendet!

Der Beschluß, den der Kongress der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gestern einstimmig gefaßt hat, zeigt, daß die politische Krise ihrer Lösung entgegengeht. Der Kongress hat die Einleitung einer gemeinsamen Regierung aller sozialistischen Parteien unter Beteiligung der demokratischen Bauern beschlossen. Sie soll bis zur Durchführung der Verfassung im Amt bleiben. Sie hat die Einleitung der Räte beschlossen und sich ferner dafür verpflichtet, daß der Landtag einberufen werden soll, sobald die Verhältnisse es erlauben. Auch die Freiheit der Presse ist von dem Kongress anerkannt worden, und nur ihre Ausbreitungen, die den Boden für das Unkraut neuen Widern vorbereiten, sollen unterbunden werden.

Damit ist eine Lösung gefunden worden, die wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, auch von maßgebenden Führern der demokratischen Partei als die im Augenblick gezeichnete Lösung angesehen wird. Die Einheit der proletarischen Aktion, dieses Jahr der Politik, ist damit verwirklicht. Der Schlag, durch den die Reaktion die Herrschaft des Proletariats angestrichelt hatte, hat sein Ziel verfehlt. Aber noch sind nicht alle Gefahren beseitigt. Das Proletariat wird auch fernordern an den Richtlinien der Politik, die festhalten müssen, um seine Einheit und revolutionäre Aktionskraft nach allen Seiten hin wahren zu können.

München, 22. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Heute vormittag tagte im Gewerkschaftshaus in München eine Kommission zur Wiederherstellung der Einheit unter den sozialdemokratischen Parteien, die folgende Vereinbarung einstimmig beschloß:

Die Vertreter der sozialdemokratischen Kreise München, der unabhängigen Sozialdemokraten, des Gewerkschaftsvereins München und der A.-G.- und B.-Räte verteilten zunächst den politischen Wort — gleichviel von welcher Seite er geäußert wird — auf das allerentscheidendste und lehrte jede Gemeinschaft mit solchen Elementen ab.

Für Sicherung der Erfolge der Revolution und zur Vermeidung des Bürgerkrieges schloß sich die Parteien zu einer Gemeinschaft zusammen, um das Programm des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie der Vertiefung zuzuführen.

1. Die A., G. und B.-Räte als die bewährteste Vertretung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte werden durch die Verfassung des Reichstaates Bayern anerkannt und verankert. Die Mitglieder der Räte genießen in Anbetracht ihres Amtes Immunität. Dem Ministerrat werden je ein Abgeordneter der A., G. und B.-Räte mit beratender Stimme beigegeben.

2. Die Vertreter der oben bezeichneten Körperschaften erklären sich bereit, unter Beibehaltung der im Amt verbleibenden Minister gemeinsam ein sozialistisches Ministerium zu bilden, dem das Landwirtschaftsministerium aus dem Bereich des Bauernbundes angegliedert wird. Dieses Ministerium wird die zur Herbeiführung der Verfassung durch die Volkvertretung die

Ministerratsmitglieder auf der Grundlage der Sozialdemokratie ernennen.

3. Der am 12. Januar festgesetzte gemäßliche Standeswahl, sobald es die Verhältnisse gestatten, wieder einzusetzen werden.

4. Das jetzt noch bestehende Militär wird unverzüglich entlassen und an dessen Stelle die republikanische Schutzwehr aufgestellt und zwar aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und freitragenden Landvolkes.

5. Die Freiheit der Presse wird grundsätzlich wieder hergestellt. Die Presse hat jedoch zur Wahrung geordneter Zustände alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Einheit des Volkes zu rören und dadurch den Brudermord zu fördern.

Dem Kabinettsministerium wird eine Kabinettsabteilung beigegeben, die dafür zu sorgen hat, daß die Bevölkerung über alle Fragen ihrer Lebensinteressen die volle Wahrheit erfährt.

Ein Aufruf der Münchener U. S. D.

In dem Aufruf, den die Parteileitung der U. S. D. kurz nach der Ermordung von Eisner erließ, heißt es:

„Die Gegenrevolution hat zum ersten großen Schlag ausgeht, indem sie den gewählten Führer der sozialistischen Revolution niederbrachte. Die Bürgerwehr, die Weiße Garde, der Allianz-Ruß, das sind die Stützen zur Ermordung der sozialistischen Revolution. Ihren Aufruf, das Wollen der Reaktion und der vornehmlichen Herrschaft ihrer Presse, die boshafte Lüge und Orbanung predigend, die Unmöglichkeit der Revolution zu verhindern.“

Arbeiter und Soldaten! Man will Euch wieder unter das alte militaristische, kapitalistische Joch bringen! Jetzt gilt es zu handeln! Die Revolution zu retten! Auf zum Generalstreik! Gehet aus den Betrieben! Arbeit mit der Bourgeoisie und ihren verheerenden Helfershelfern! Hoch die soziale Revolution!“

Unwahre Gerüchte.

München, 22. Februar. Das Ministerium des Innern teilt mit: Entgegen umlaufenden Gerüchten, daß in München ein Blutbad angerichtet worden ist, wird festgestellt:

Zwei Eisner wurde von Graf Hres-Bakay ermordet. Im Landtag ist Kurt Schumacher verwundet worden, Abgeordneter Uzel (Centr.) ist tot, zwei Ministerialbeamte sind verwundet, Minister Rothhauber ist in Sicherheit. Alle Gerüchte, daß noch andere Personen tot oder verwundet seien, sind unbegründet.

Iuere Zustand noch immer bedenklich.

München, 22. Februar. Nachts meldet: Reichsrat sind Gerüchte verbreitet, daß Minister Luers seinen künftigen Verbleib bereits ersehen sei. Die wir heute nachmittags 2 Uhr von der Familie des Ministers selbst erfahren haben, so sind diese Gerüchte auf Unwahrscheinlichkeit Iuere Zustand ist aber sehr bedenklich.

Die Beerdigung von Eisner.

Die Beerdigung Kurt Eisners findet am Mittwoch den 26. Februar, vormittags 10 Uhr statt.

Die Internationale zu Eisners Tod.

Bern, 22. Februar. Schweizerische Sozialdemokraten. Gemäß Beschlüssen der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureau's, Grumbach (Schweiz), Tommas (Argentinien), Gumbach (Russland) und andere kommunistische Sozialisten haben in einem Telegramm an Grumbach und die unabhängige sozialdemokratische Partei in München ihrer Trauer über die Ermordung Eisners folgendenmaßen Ausdruck gegeben:

„Wir trauern sehr über den Tod, der in Wien durch die Verrücktheit der Bourgeoisie die Verwirklichung der Sozialdemokratie. Sein Name wird in den Annalen der Internationalen unsterblich sein.“

Als ich das neue Deutschland verließ in ihm einen feinen Festen. Dem deutschen Proletariat gegenüber geben wir unsern Schmerz Ausdruck und sprechen ihm unser Beileid aus.

Der Aufruf der „Neuen Zeitung“

Wittags erschien eine Sonderausgabe der „Neuen Zeitung“ mit einem Trauerartikel für Eisner unter der Überschrift: „Ein Märtyrer der Revolution.“ Es heißt dort:

„Wenn wir heute vor der Seite unseres Lehnens und Führers stehen, so nicht in nutzlosen Klagen, sondern mit der Entschlossenheit, sein Wollen und Wissen, das bis zum letzten Atemzuge auf die einzige geschlossene Aktion des Proletariats hinstrebt, zur Wirklichkeit werden zu lassen. Die Schiffe, die gestern früh am Promenadenplatz hielten und die des geistigen Haupt der Revolution hinstreben, diese Schiffe sind für alle revolutionären Arbeiten das Signal, den Kampf mit dem wieder aus Licht gekommenen Vertreter der kapitalistisch-militaristischen Reaktion mit rücksichtsloser Schärfe aufzunehmen.“

Das Streben Kurt Eisners war einzig und allein darauf gerichtet, die unvermeidliche soziale Umwälzung auf dem Wege einer geordneten geschäftlichen Aktion durchzuführen. Er hatte deshalb auf der linken Seite der sozialistischen Bewegung viele Gegner, und es ist ein tragisches Verhängnis, daß er für dieses sein Streben als Märtyrer sein Leben gelassen.

Was die kommenden Tage und Belangen werden, wissen wir nicht. Das Hebergewicht von Eisners Persönlichkeit mag aller Angriffe von links und rechts stark genug, das Chaos, den Kampf aller gegen alle zu verhindern. Die Bourgeoisie, unbeherrschbar wie jede Klasse, die das Ende ihrer Tage vor Augen sieht, hat in diesem Mann gerade, weil sie in ihm nicht nur den Mann der Revolution, sondern den Mann der sozialen Revolution sah. Ihr Kampf, den sie durch die ihr zu Diensten stehende Presse gegen ihn führte, galt nicht dem Ministerpräsidenten, sondern galt der Revolution, der auch ohne Amt und Würden möglich war, den Geist der Massen für die Weiterführung der Revolution zu bilden. In der unmittelbaren Beteiligung der Massen an der Bewältigung der öffentlichen Dinge sah Eisner allein die Gewähr für den Aufbau einer wahrhaft sozialistischen Republik, daher sein Wort: „Ich werde und falle mit den Massen!“

Ein wichtiger Teil des Kampfes, den Eisner führte, galt der Presse. Die Presse mag sich den Tod mit auf ihr Schuldkonto schreiben. Er konnte kein Wort sagen oder schreiben, das nicht in der fruchtbarsten Weise entfaßt wurde.

Niemals hat Eisner vergessen, daß es die Masse selbst sein müsse, die die neue Gesellschaft ins Leben zu rufen hat. Niemals hat er eine Aktion begonnen, wenn nicht der elementare Schrei der Masse nach Befreiung dröhnte. Niemals hat er vergessen, daß die Bürgerlichkeit nicht nur im Aufrage und in unmittelbarer Gemeinschaft mit den Massen für den Sozialismus streben können.

Ingeheures steht uns jetzt bevor. Wird die Bourgeoisie jetzt dem Sozialismus, dem sie jetzt durch das Vordringen des Kampfes der Revolution zu entgegen glauben, nun erst recht befehlen? Werden die Massen in sich aufbäumendem Jenseits nach ihr den Tod ihres Führers an der Bourgeoisie nehmen?

Wir wissen es nicht. Eine gewaltige Bewegung hat die Massen ergriffen, deren Konsequenzen unabsehbar sind. Koch hat der Selbstregierungsprozess, der durch die Arbeit der K., S. und R. Räte in den Massen eingeleitet hat, seine weittragenden Ergebnisse gezeigt. Wird es möglich sein, diesen Entschloßensein abzulösen?

Set es, wie es soll, für uns gilt es, im Geiste des Kommandos zu handeln, der uns die Fackel vorantrug und der im Dienst als Märtyrer fiel.

Alle Macht den arbeitenden Massen, geehrt und geschützt in der revolutionären Organisation der Räte!

Das Ausland über Eisner.

Wien, 22. Februar. Die „Arbeiterzeitung“ bezeichnet in einem Artikel Eisner als Vorkämpfer der revolutionären, republikanischen Deutschland, als Helden und Märtyrer der Revolution. Als Ministerpräsident Bayerns, sagt das Blatt, war Eisner wohl eine fremdartige Erscheinung, was mehr als eine Episode in seinem Leben und in der Geschichte des ehemaligen Mittelbayerischen Landes konnte seine Regierung nicht werden, aber als Schöpfer der bayerischen Republik, als Regent der deutschen Revolution ist er vor dem Vergessen geschützt.

Bern, 22. Februar. Die Ermordung Eisners erregt hier besonders großes Aufsehen und Bedauern, da Bern während der internationalen Sozialistenkonferenz Gelegenheit hatte, Eisner auch in einigen öffentlichen Ansprachen kennen zu lernen, die nicht zum wenigsten auf die bürgerliche Jugenderschaft starken Eindruck machten. Der „Bund“ erklärt: Eisner war der Persönlichkeit nach einer der bedeutendsten Führer der Republik, der bei den Genossen der Entente mehr Vertrauen als irgend ein anderer hatte. Das Blatt schreibt: Eisner ist der einzige, der bisher rücksichtslos für die Anerkennung der Schuld der deutschen Regierung an der Entschloßung des Krieges eingetreten ist. Er war der Mann, an den die Thomas-Mandel und Henderson sich vor der öffentlichen Meinung ihrer Länder halten konnten. Sein Tod verleiht der Wirkung des Verner Kongresses einen schweren Schlag und wird das Vertrauen der Völker auf das neue Deutschland noch einmal schwer erschüttern.

Paris, 22. Februar. (Cavas-Redung.) Alle Blätter, die die Ermordung Eisners besprechen, sehen ihn als ein Opfer des Jorns offener oder verkappter Pan-germanien an.

Ruhe in Augsburg.

Augsburg, 22. Februar. Über die Vorgänge am gestrigen Tage und während der Nacht veröffentlicht der K. und S. Rat einen Situationsbericht, aus dem hervorgeht, daß die ersten Meldungen über die Unruhen sehr übertrieben waren. Dem K. und S. Rat ist es gelungen, die Ruhe wiederherzustellen. Beim K. und S. Rat hat ein Reglement fertig in Verfassung. Die Wachen werden sofort nach Beurteilung durch das Revolutionsgericht erschossen. Die Truppen bleiben, soweit sie nicht Wach- und Patrouillendienst haben, in den Kasernen konzentriert. Alle Gasthäuser und Cafés müssen um 7 Uhr schließen. Die Zeitungen stehen unter Verbot.

Regierungswechsel in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Februar. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde die Regierung neu besetzt. Sie besteht aus vier von drei Volkskommissaren, die je zur Hälfte von den Unabhängigen und den Rechtssozialisten gestellt werden, darunter von den Unabhängigen der bürgerliche Volkskommissar Dostel, von den Rechtssozialisten Harzid und Dr. Jäger. Die Wahl des Vorsitzenden wird den Volksbeauftragten selbst überlassen, ebenso die Verteilung der Geschäfte untereinander.

Der Abbruch des Generalstreiks.

Weimar, 22. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit“.) Im Ruhrgebiet ist Waffenstillstand abgeschlossen worden. Die Regierungstruppen werden am 25. Februar aus dem Industriegebiet zurückgezogen. Der Generalstreik soll am 24. Februar abgebrochen werden. Weitere Verhandlungen sind noch im Gange.

Wir haben bereits in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilt, daß zwischen den K. und S. Räten und dem Generalkommando im Münchener Verhandlungen über den Abbruch des Streiks Kottgunden und zu einer Einigung gelangt haben. Die Hauptforderung — Zurückziehung der Regierungstruppen bis zum 25. Februar — ist nunmehr auch von der Regierung gebilligt worden. Es ist zu begrüßen, daß der Streik auf diese Weise beigelegt worden ist.

Ein weiteres Vordringen der Regierungstruppen hätte zweifellos ein schweres Blutvergießen zur Folge gehabt. Die Kohlenförderung, an der der deutschen Volkswirtschaft so viel gelegen ist, wäre dadurch in der empfindlichsten Weise gefährdet worden. Die Erbitterung, hervorgerufen durch die Ablegung des Generalstreiks, wäre noch mehr gesteigert worden, und wenn die Regierung bei ihrer Ueberlegenheit an militärischen Kräften auch letzten Endes einen „Sieg“ davongetragen hätte, so wäre es doch nur ein Pyrrhussieg gewesen.

Die bürgerliche Presse geht unterdessen in der unterfrosteten Weise weiter. Sie behauptet, die Bedingungen würden von den revolutionären Arbeitern und Soldaten nicht eingehalten. Sie verlangt deshalb ein energisches Durchgreifen, bis „Ruhe und Ordnung“ in ihrem Sinne hergestellt ist. Die Verantwortlichen haben selbstverständlich, trotz der Verletzung des Konflikts, noch eine große Reihe von Forderungen auf ihrer Rechnung. Die bedeutendste ist die Forderung nach Sozialisierung des Bergbaues. Erst wenn diese Forderung in Angriff genommen wird, wird im Ruhrgebiet die Arbeit wieder ihren geregelten Gang nehmen.

Neuer Kuhhandel über das preussische Kultusministerium in Weimar.

In der letzten Woche ist bereits über den Kultusminister in Weimar gesprochen, um sich seinen Posten als Minister für die Zukunft zu sichern. Da er aber nach seinen Verdiensten auf dem Gebiete der Zimmerlichkeit es nach allen Seiten, ja in der eigenen Partei, gründlich verstanden hat, ist ein verheerender Schlag von ihm ausgeht. Er will jeder der beiden Parteien, die in der neuen Regierung aufgenommen sind, etwas bieten, um sich selbst zu halten. In diesem Juxta soll das preussische Kultusministerium in zwei Ministerien geteilt werden, nämlich Unterricht, kirchliche Angelegenheiten und Kunst. Ueber diesen Plan spricht man, also die preussische verfassunggebende Versammlung zusammentritt in Weimar. Einen Vorschlag den Demokraten, einen Vorschlag dem Zentrum und dann hofft der unglückliche Herrschel seinen Posten zu halten. Das ist wohl die unerhöchteste Zustimmung, welche die „sozialistischen“ Revolutionäre dem preussisch-deutschen Völkchen stellen.

Nachdem die Herren, nach dem Austritt der K. S. Minister sich schätzungsweise 12 000 Mark Gehaltsgelohn bewilligt haben, wollen sie in einer Zeit, wo alles Geld für Brot und des Volkes Notdurft gebraucht wird, ein eigenes Kultusministerium, und in dem Kultusministerium, wo die Trennung von Kirche und Staat programmäßig durchgeführt werden soll, ein eigenes Kirchenministerium einrichten. Man will also die Millionenvergeudung an die Kirchen beschränken. Das ist eine absolute Herausforderung des Volkes, daß alle Elemente, denen an Preussens und damit an Deutschlands Ehre und Ansehen gelegen ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen einen solchen Kuhhandel, gegen einen solchen Versuch an den Volkswirtschaften Front machen müssen.

Die neue Reichsverfassung.

Den Mitgliedern der Nationalversammlung ist der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung zugegangen, der am Montag namens der Reichsregierung von Dr. Brüch in der Nationalversammlung eingebracht werden wird.

Der Entwurf enthält in acht Abschnitten: Das Reich und seine Gliedstaaten, die Grundrechte des deutschen Volkes, der Reichstag, der Reichspräsident und die Reichsregierung, das Finanz- und Handelswesen, das Verkehrs- und Postwesen, die Rechtspflege und die Schlichtung der Streitigkeiten über die Rechte und Verantwortlichkeiten. Gegenüber dem ersten Entwurf von Dr. Brüch weist der jetzt vorliegende Entwurf wesentliche Änderungen auf. Besonders wichtig ist die Änderung der Bestimmungen über die gleichgebenden Faktoren. Nach dem preussischen Entwurf sollte der „Reichstag“ aus zwei Häusern, aus dem „Volkshaus“ und dem „Staatenhaus“, bestehen; das letztere sollte sich aus Abgeordneten der Preussischen Provinzialparlamente zusammensetzen. Bei der Beratung im Staatenhaus ist an die Stelle des Staatenhauses ein Reichstag getreten. Der Reichstag tritt an die Stelle des bisherigen Bundesrats, wiewohl mit ganz verschiedener Zuständigkeit. Im Gegensatz zum bisherigen Verfassungsgesetz ist dieser Reichstag nicht wie der frühere Bundesrat ein gleichberechtigter gesetzgebender Körper, sondern er nimmt nur an der Gesetzgebung teil, indem er bei der Annahme der Reichsregierung mitwirkt und ferner gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht hat. Im Falle eines solchen Einspruchs wird die Gesetzgebung an den Reichstag zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen. Kommt auch hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat der Reichspräsident die Möglichkeit, über die Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung herbeizuführen. Er kann aber auch trotz des Einspruchs das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, wenn sich für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit zusammengefunden hat. Ist eine solche Mehrheit nicht zusammengekommen und der Reichspräsident nicht gewillt, eine Volksab-

stimmung vorzunehmen zu lassen, so kommt das Gesetz infolge des Einspruchs nicht zustande.

Praktisch am bedeutendsten ist indessen, daß die Zusammenlegung des Reichstags keine parlamentarische ist, vielmehr werden die Vertreter der Gliedstaaten von den Regierungen ernannt. Diese Regelung ist naturgemäß ein hartes Hindernis für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Republik, da den föderalistischen Tendenzen durch den Reichstag Vorzug geleistet wird.

Nach sonst hat der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands auch im neuen Entwurf weitgehende Konzessionen gemacht. So beispielsweise auf dem Gebiete des Verkehrs-, Zoll- und Abgabewesens. Diese Konzessionen an den Parlamentarismus der Einzelstaaten werden sich der wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Republik äußerst hemmend in den Weg stellen.

Nicht minder verhängnisvoll erscheint die große Reichsliste, die nach dem Verfassungsentwurf dem Reichspräsidenten an die Hand gegeben wird. Seine Amtsdauer ist auf 7 Jahre festgesetzt, seine Wiederwahl zulässig. Allerdings kann er auf Antrag des Reichstages durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden.

Ministerwahl in Hessen.

Darmstadt, 21. Februar. Die hessische Volkskammer wählte heute mittags auf Grund des gelesenen angenommenen Wahlverfassungsgesetzes den Ministerpräsidenten. Abgegeben wurden 57 Zettel, davon lauteten 40 auf den bisherigen Ministerpräsidenten Ulrich (Soz.), 11 Zettel waren weiß. Ministerpräsident Ulrich versicherte, daß er volle Geschäftsfähigkeit und Objektivität wahren lassen werde. Sodann wurden von ihm als Mitglieder der Regierung herbeigeholt und von der Kammer bestätigt zum Minister der Finanzen und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministeriums Ministerialdirektor Herrich (Demokrat), zum Justizminister Ministerialdirektor v. Brentano (Zentrum), zum Minister des Innern Ministerialdirektor Dr. Kula (Soz.), ferner wurden für die einzelnen Ressorts folgende Ministerialdirektoren als Vorschläge gemacht: für das Bildungs- und Erziehungswesen Professor Dr. Stecher-Friedberg (Demokrat), für das Gesundheitswesen Ministerialdirektor Reumann (Soz.), für das Landesarbeits- und Wirtschaftsamt der frühere Ministerialdirektor Raab (Soz.) und für das Staatsarchivamt der Abgeordnete Uebel (Zentrum).

Die Diktatur der Beamten.

Die „Hamburger Nachrichten“ vom 19. Februar (Nr. 22) enthalten folgendes Telegramm:

Ein Teil der höheren Beamten des Reichs-ernährungsamts hatte der Regierung ein Ultimatum gestellt, daß wenn nicht bald, da sie sonst ihr Amt niederlegen würden. Die Regierung zog vor, Herrn Wurm geben zu lassen.

Die Herren Beamten sind es, die sich mit voller Kraft über die „Diktatur“ der Spartakisten entäußern. Aber wie dieser Fall zeigt, über sie einen viel schlimmeren Terrorismus aus, als ihn jemals eine andere Gruppe der Bevölkerung ausgeübt hat. Ein Teil der kleinen Gruppe der höheren Beamten des Reichs-ernährungsamts, die beforat ist, daß ihre realistische, autoritäre, autoritäre Politik eine Änderung erfordert, wagt es, der Regierung vorzuschreiben, wenn sie an die Spitze des Reichs-ernährungsamts stellen dürfe.

Die Regierung wagt durch ein Dementi den schlechten Eindruck zu vermeiden, den dieser Versuch der Diktatur der höheren Beamten des Reichs-ernährungsamts in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Das Dementi besagt nur, daß das Vorgehen der Beamtenliga auf die Zusammenlegung der Regierung ohne Einfluss geblieben ist. Das ist auch nach unserer Kenntnis richtig. Das Dementi behauptet aber nicht, daß ein derartiger Versuch gemacht worden ist. Und das ist ja schließlich das Entscheidende.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Württemberg.

Stuttgart, 22. Februar. Wie die Telegraphen-Union meldet, hat die württembergische Regierung sämtliche öffentlichen Versammlungen unter ihrem Namen, Unruhe und andere Demonstrationen verboten.

Belagerungsstand in Hanau.

Hanau, 22. Februar. Heute früh ist der Belagerungsstand über Hanau verhängt worden.

Die Bevölkerung begrüßte freudig den Einmarsch der Division Rumshäffel, die Hanau von der dreimonatigen Schreckensherrschaft der Spartakisten befreit hat. So herrscht vollständige Ruhe. Die Hauptbahnhöfe sind verbarastet worden. Der rote Soldatenbund wurde entwaffnet und sein Führer festgenommen.

Befehle für einzugreifen.

Die Garde-Kavallerie-Ersatz-Division gibt bekannt, daß sie an Personen, die in unruhigem Verstand befindliche Schutzwachen so anweisen, daß die Beschlagnahme durchgeführt werden kann, folgende Befehle erteilt: Für ein Gewehr 5 Mark, für eine Revolver oder Pistole 5 Mark, für ein Maschinen-gewehr 50 Mark, eine Handgranate 0,70 Mark. Für Geschütze, Panzerkraftwagen und dergleichen werden entsprechend höhere Beträge gezahlt.

Geuchte Unruhen.

H. I. B. meldet: Kurdramatisch verbreitete Gerüchte über bevorstehende Unruhen in Berlin, die mit dem Aufbruch im Ruhrgebiet und in Wägen in Verbindung gebracht werden, haben das Oberkommando der Regierungstruppen in und um Berlin veranlaßt, vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Für die Bevölkerung von Berlin liegt kein Grund zur Besorgnis vor.

Die Weisse Garde des Herrn Koch, die gegenwärtig ohne Beschäftigung ist, braucht ein Beschäftigungsfeld, um ihre Rührigkeit zu beweisen. Sie will in ihrer Provinz bleiben, sie will nicht aus Berlin heraus. Deshalb werden Gerüchte über bevorstehende Unruhen in die Welt gesetzt. Hierdurch Telephonleitungen in der Stadt gezogen und andere Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen.

Die Stadtverordneten- und Gemeindevorstandswahlen.

Etwas vom Wahlkampf.

Mit riesigem Aufwand an Papier und — großen Worten sind auch diesmal wieder die bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf gezogen. Was da auf einmal den Wählern versprochen wird, um damit Stimmenfang zu treiben, geht auf keine Kuhhaut. Wenn es nach den Worten ginge, könnten wir unser Programm einfach in die Tasche stecken und dessen Durchführung den Bürgerlichen überlassen. Aber nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten soll ihr die erkennen. Die bürgerlichen Parteien haben ja seit Bestehen des Dreiklassenwahlrechts das Best in den Händen gehabt und wäre es ihnen doch ein Leichtes gewesen, in jeder Beziehung ihre sozialen Pläne, womit sie sich sehr brüsten, durchzuführen. Das haben sie aber nicht getan, einfach deshalb nicht, weil sie wußten, daß der Einfluß des arbeitenden Volkes doch niemals so groß werden konnte, um die Geldverbreiter aus ihrer dominierenden Stellung in den Gemeindeparlamenten zu verdrängen. Es wird ihnen also nicht gelingen, einigermaßen aufgeklärte Männer und Frauen aus der arbeitenden Bevölkerung zu fördern, trotzdem sie mit einigen Reklamekandidaten an der Spitze ihrer Listen es zu verkleinern suchen, daß die gleich dahinterstehenden Namen die von Geldverbreitern sind.

Auch die Mehrheitssozialisten verdammen die laute Reklame nicht. Geld spielt bei ihnen, seitdem sie Regierungspartei geworden, keine Rolle, und unter Papierknappheit haben sie auch nicht zu leiden. In Wilmerdorf haben sie sogar eine Wahlzeitung in vielen Tausenden von Exemplaren herausgegeben, um damit ihren Wahlkampf zu unterstützen. Sie verdammen es darin nicht, einzelne Kandidaten unserer Partei als Spottkandidaten zu bezeichnen, natürlich nur zu dem Zweck, um noch einige Wankelmütige zu sich herüberzuziehen. Das paßt ganz zu den schaurigen Bildern, die die Mehrheitssozialisten oftmals auf ihren Propagandaplatz anbringen lassen.

Wir verdammen solche Mittel. Wir glauben, daß sich die hinter und liegenden Ereignisse so tief in das Hirn der Wähler eingepreßt haben, daß sie wissen, was sie am heutigen Tage zu tun haben. Für jeden, der die Geschichte auch der Städte und Gemeinden in reinem, unverfälschten Sozialismus geleitet sehen will, kann es nur ein sein; seine Stimme abzugeben für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Verkündung der Wahlergebnisse am Montag.

Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen in Berlin wird, wie das Wahlbureau des Berliner Magistrats mitteilt, frühestens am Montag nachmittags bekannt werden. Die Vorstände der Wahllokale werden heute abend um 8 Uhr, wo die Wahlen geschlossen werden, die Urnen verschließen und am Montag früh mit der Auszählung beginnen. Auch vorläufige Wahlergebnisse werden am Sonntag kaum ausgegeben werden. Im übrigen bleibt die Auszählung der Stimmzettel den Wahlverhältnissen überlassen.

Gleich nach der Feststellung des Resultats der Wahl in Berlin wird das Stadtverordnetenbureau an die Gewählten die Aufgabe richten, ob sie die Wahl annehmen. Nach Eingang der Antwort wird auf Veranlassung des Magistrats der älteste Stadtverordnete als Alterspräsident die Versammlung zur konstituierenden Sitzung wahrnehmend für Donnerstag, den 8. März, zusammensetzen. Einige Tage nach dieser Sitzung werden sich die Fraktionen in einzelnen Sitzungen über die Verteilung der Arbeit und über ihr Programm beraten. Hierauf findet dann die erste Arbeitssitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung statt, in der die Wahlen für die zahlreichen Ausschüsse, Kommissionen und Deputationen, die infolge der gänglichen Auflösung der Versammlung sämtlich neu besetzt werden müssen, stattfinden. Auch in Charlottenburg, Schöneberg und Wilmerdorf werden die Resultate erst am Montag fertiggestellt.

Uebermittlung der heutigen Wahlergebnisse.

Die Organisationsleiter der einzelnen Abteilungen bitten wir nach Abschluß der Wahl um schleunigste Uebermittlung der Wahlergebnisse, soweit diese sich feststellen lassen konnten, auf telephonischem Wege. Am Morgen 2895 und 2896. Das gleiche Ersuchen richten wir an die Wahlleiter in den Vororten. Um einer Ueberlastung des Telephons vorzubeugen, bitten wir, Anfragen an die Redaktion heute abend zu unterlassen.

Die Post als Wahlhelfer der Demokraten?

Wie uns mitgeteilt wird, haben am Sonnabend eine größere Zahl von Wählern in Charlottenburg Stimmzettel der Demokratischen Partei durch die Post zugestellt erhalten, die nicht freimacht waren und für die auch kein Strafpöte erhoben worden ist. Mit dieser unzulässigen Veranlassung der Demokratischen Partei mit Wissen der Ober-Postdirektion erfolgt, so müssen wir gegen ein solches Verfahren entschieden Widerspruch erheben. Auf jeden Fall muß die Ober-Postdirektion die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und verhindern, daß eine Begünstigung einzelner Parteien durch öffentliche Mittel verhindert wird.

Konjungenossenschaft Berlin und Umgegend. In der Presse wird behauptet, daß die Angestellten der Konjungenossenschaft Berlin und Umgegend aufgefodert worden seien, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei beizutreten, widrigenfalls die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis erfolgt. Diese Behauptung ist unwar. Ein solcher Beschluß ist weder gefaßt, noch auch nur beantragt worden. Der Arbeiterrat der Konjungenossenschaft Berlin und Umgegend. J. A.: Georg Andree.

Kandidatenlisten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. D.).

- Die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. D.) beginnen mit den Namen: In Berlin: Dr. Hermann Wehl, Adolf Nemig, Pichmann, Gustav Hoffmann, Dr. Rudolf Breitscheid, Alfermann-Rachow, Paul Richter, Görner, Max Schmidt, Max Heding, Osburg-Voghter, Max Freigang, Grenlich, Emil Alodi, Paul Benasch, Emil Lampe, Georg Dörner, Jaedel, Oskar Witke, D. Krenzel - R. Hüter, Ferdinand Alchendorf, Armin Bauk, Kubia, Karl, Selke-Monkowsky, Otto Flagemann, Wagner, Lüdler, Ulfert, Albert Verudi, Karl Helbig.

Die Zentralwahlbüros der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. D.) befinden sich in den nachstehend aufgeführten Lokalen:

- Im 3. Kreis: Ref. Baum, Stallschreiberstraße 47. In Charlottenburg: Reutkölln: Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 8 (Tel. N. 1894). Wilmerdorf: Ref. Schilling, Bauenerstraße 21. Steglitz: Ref. Bischofska, Bergstr. 9. Friedenau: Ref. Klabe, Sandierstraße 80/81. Sehlendorf: Ref. Stärke, Leltower Str. 23. Treptow: Ref. Scholz, Graebstr. 49. Adlershof: Ref. Pique, Sedanstr. 4. Brix: Ref. Weisbal, Rudower Straße. Köpenick: Ref. Schnorre, Bobnhofs-Ref., Wahlbörster Str. 1. Bohnsdorf: Gemeindefunkle. Alt-Glienide: Ref. Ringenberg, Grünauer Straße. Friedrichsfelde: Ref. Sudbrink, Berliner Str. 98. Richtenberg: Ref. Wilt. Schulz, Schornweber-, Ede Kronprinzenstraße. Weigensee: Ref. Masche, Berliner Allee 251. Bankow: Ref. v. Aurfürsten, Berliner Str. 102 (Tel.: W. 232). Zegel: Ref. Christensen, Schlieperstr. 69. Reinickendorf-Ost: Jungendheim, Amendestr. (Tel.: Rdf. 449). Reinickendorf-West: Ref. Blamann, Schillingstr. 34 (Tel.: Rdf. 3433). Berl.-Buchholz: Ref. Kühne, Berliner Str. 39.

Die Wahlbüros sind am Sonntag von morgens 8 Uhr ab geöffnet. Wahlleiter werden noch dringend gebraucht. Genossinnen und Genossen, besonders auch Radfahrer, die gewillt sind, bei der Wahl zu helfen, mögen sich in den oben bezeichneten Lokalen melden.

Auskunftsstellen über Wahllokale.

Um den Wählern, denen ihr Wahllokal nicht bekannt ist, Auskunft zu erteilen, wo sie zu wählen haben, sind in den einzelnen Kreisen Auskunftsstellen eingerichtet. An folgenden Stellen wird am Wahltag Auskunft gegeben:

- 1. Kreis: Köntopp, Kottstraße Ede Friedr. Durchhardt, Klopptstr. 48. rickstr. 29. Volk, Rittstr. 39. Rihmann, Französische Str. 50. Schallich, Rollenmarkt 7. 2. Kreis: Biemer, Bälaustr. 55. Nieble, Planufer 70. Boerich, Puttkamerstr. 8. Bieske, Bobstr. 1. Karl Meier, Südwärstr. 7. B. Schmidt, Alexandrinenstraße 122. Wätner, Gneisenaustr. 66. 3. Kreis: Bogel, Deiber Str. 48. Wenner, Sandelstr. 20. Geißler, Waldemarstr. 22. Geißler, Ludauer Str. 8. Kotte, Postmannstr. 37. Resera, Keldorstr. 15. Kobb, Brandenburgstr. 22. Baum, Stallschreiberstr. 47. Präse, Pringenstr. 28. 4. Kreis: Eifert, Cronenstr. 106. Hübner, Grüner Weg 85. Jädel, Glogauer Str. 5. Ruda, Postener Str. 10. Köhne, Grünauer Str. 17. Dietrich, Romminger Str. 46. Sommer, Wiener Str. 22. Guth, Marjhauser Str. 61. Kler, Rounnstr. 9. Hofin, Subener Str. 10. Philipp, Wangelstr. 12. Witthaus, Petersburger Str. 5. Engel, Appeler Str. 47. Kirck, Petersburger Str. 21. Hensel, Hallenkeimstr. 19. Kellow, Rigaer Str. 54. Schulz, Grüner Weg 109. Dusch, Lillier Str. 27. Leibl, Kraustr. 22. Kott, Straßmannstr. 27. Goldbach, Friedrichsberger Straße 27. Hippel, Heidenfeld-, Ede Gertystraße. Wolf, Köhlstr. 10. Kattsch, Traunberger Str. 24. Kellenberg, Capristr. 22. Gotsdaper Straße. Schwarz, Range Straße 53. 5. Kreis: Krenner, Carmen-Schlo. Element, Sophienstr. 6. Straße 54. Mengel, Al. Auguststr. 14. Schuch, Nollendorfstr. 2. Schreiber, Marienstr. 9. Tante, Wintstr. 12. Thiel, Müllerstr. 7 (Bentrose, Tel. N. 1000). Gallas, Barnimstr. 20. Thiel, Müllerstr. 7 (Bentrose, Tel. N. 1000). Götting, Prenzlauer Str. 20. 6. Kreis: Vorchert, Stangender Str. 15. Wald, Pfingstr. 6. Wermann, Thoring Str. 18. Naber, Stephanstr. 11. Kurzog, Rionkischplatz 5. Boerich, Odenburger Str. 16. Gunge, Antonien-Allee 05/06. Petermann, Habelberger Straße 15. Gahn, Wörther Str. 16. Poulch, Ostrowstr. 25. Klay, Danziger Str. 71. Kall, Zegeler Str. 28. Mahkopf, Grefenlagener Ede Carmen-Schlo-Straße. Friedrich, Gerichstr. 19. Wiltz Hoffmann, Schener Straße 8. Schütz, Elettiner Str. 22. Frisch, Brandheimer Str. 47. Gschmann, Bornholmer Str. 20. Rebel, Rarstr. 12. Gurov, Schiedelheimer Str. 10. Brandt, Weißfelder Str. 9. Hübner, Gaudstr. 16. Bachhaus, Logost. 1. Rebab, Koppenagener Str. 26. Bener, Müllerstr. 126. Rehrich, Ewinemänder Str. 21. Wila, Rostoder Straße 27. Gendel, Usedomstr. 18. (Koll. 2474). Thomas, Gartenstr. 71.

Aus den Organisations.

Kreis Niederbarnim.

Am Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Café Bellevue, Bahnhof Stralau-Rummelsburg: Kreis-General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag; 2. Wahl der Delegierten; 3. Verschiedenes. Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Zutritt haben nur Delegierte, die von den Bezirken mit einem Mandat versehen sind. Außerdem bitten wir die Orte, am Montag das genaue Wahlergebnis, die Zahl der eingeschriebenen Wähler, der abgegebenen Stimmen und der gewählten Vertreter dem Bureau mitzuteilen. Der Kreisvorstand.

Neußlin, Montag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, im Kreisfestsaal, Hermannstr. 106/07, Eingang Schierkestraße, große Funktionärssitzung mit den Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. Erscheinen dringend notwendig. Schöneberg, heute, Sonntag, früh 8 Uhr, treffen sich die Genossen und Genossinnen zur Wahlarbeit in folgenden Lokalen: Schulz, Apotel-Voulstr. 83. Hüpen, Carbarosoffstr. 5a. Kamholz, Friß-Meiner-Str. 8. Hodelth, Rannmentstr. 18. Häuler, Königsweg 43. Deschner, Gohrenstr. 20. Berg, Heurichstraße 16. Oberlein, Sachsendamm, Ede Reichardtstraße, Kieselstr., Rubensstraße, Ede Courtstr. — Montag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, in der Schmelza, Rouriststr. 87/88, Mitgliederversammlung. Persönliches Erscheinen dringend notwendig. Lichteneberg, Die Aussenwörter wollen heute früh, 8½ Uhr, einige Genossen zur eben. Erpänzung der Wahlbureau nach den unabhängigen Wahllokale senden. — Im Zentralwahlbureau findet auch die Ausgabe der Delegiertenkarten zur Kreisgeneralversammlung statt. Wilmerdorf, Kreisgeneralversammlung Montag, den 24. Februar d. J., abends 7½ Uhr, bei Schulz, Bauenerstraße.

- Damen-Stoffhandschuhe: Leinen-Ersatz weiß u. schwarz mit 2 Druckknöpfen... 2.90; Leinen-Ersatz farbig mit 2 Druckknöpfen... 4.90; Leinen-Ersatz schwarz u. weiß mit 2 Druckknöpfen... 4.90; Seide glatt weiß, schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen... 2.90; Seide glatt weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen... 3.90; Seide glatt weiß, schwarz und farbig, mit 2 Druckknöpfen... 4.90; Leinen-Ersatz farbig, mit 2 Druckknöpfen... 5.75; Seide glatt weiß, schwarz, farb. verstärkte Fingergipfel, 2 Druckkn. 6.75; Seide glatt in modern Farben, verstärkte Fingergipfel, 2 Druckkn. 8.50

A. WERTHEIM Großer Verkauf: Handschuhe für Herren: Glacé, schwarz für Damen, mit 2 Druckknöpfen... 5.75; Glacé, weiß für Damen, mit 2 Druckknöpfen... 5.75; Glacé, schwarz Marke „Tyrphosa“, für Damen, m. 2 Druckknöpf... 6.75; Schweden-Ersatz mit schwarzer Aufsicht, in grau und gelb, mit Druckknopf... 4.90; Seide farbig, mit Druckknopf... 5.75; Seide angeraut, mit Druckknopf... 8.75; Klappstepper mit Druckkn. 16.50; Chromstepper 2 Druckkn. 19.50; Ziegenstepper 2 Druckkn. 26.50; Leinen-Ersatz für Damen, weiß u. schwarz, mit 2 Druckknöpfen... 1.95; Schweden-Ersatz für Damen, farbig, mit 2 Druckknöpfen... 3.90; Stepper, weiß für Herren, mit schwarzer Aufsicht... 8.50

- Damen-Lederhandschuhe: Glacé weiß, mit schwarzer Aufsicht und 2 Druckknöpfen... 6.75; Ziegenleder weiß, m. 2 Druckknöpfen... 8.50; Schwedisch Ziegenleder schwarz, mit 2 Knöpfen... 9.50; Ziegenleder hellfarbig, mit 2 Druckknöpfen... 9.50; Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckknöpfen... 9.50; Ziegenleder farbig, m. 2 Kn. Aufsicht und 2 Druckknöpfen... 13.50; Ziegenleder weiß schwarz Aufsicht und 2 Druckknöpfe... 13.50; Ziegenleder schwarz, mit 2 Druckknöpfen... 13.50; Ziegenleder farbig, mit 2 Druckknöpfen... 15.50

